

vorformulierter Text forderte die „vollständige Preßfreiheit, die vollständige Glaubensfreiheit, die Trennung von Kirche und Schule, die Einrichtung von Schwurgerichten, die Einführung von sozialen Versicherungen „für die Klasse der Arbeiter“, die vollständige Volksbewaffnung „mit freier Wahl der Offiziere“ und schließlich nicht zuletzt die Wahl eines nationalen Parlaments.

Der über diese Punkte hinausgehende Antrag eines Bürgerausschußmitglieds, für die II. Kammer im Land das Recht zur Gesetzesinitiative zu fordern und das Veto-recht des Großherzogs einzuschränken, also eine umfassende Parlamentarisierung einzuleiten, wurde vertagt und an den Gemeinderat zur weiteren Beratung verwiesen. Gerne hätten die „Seebblätter“ auch die „Abschaffung aller Vorrechte“ in den Forderungskatalog eingereiht, „als da sind namentlich die feudalischen und die Beseitigung des von dem Staatsoberhaupte gegenüber den Staatsbürgern gebraucht werdenden Ausdrucks ‚Untertan‘, weil dieser aus den Zeiten der Hörigkeit stammt und jetzt, wo jeder im Staate ein Freier ist, nicht nur gänzlich ungeeignet, sondern auch herabwürdigend ist.“<sup>12</sup> Schon am nächsten Tag, es war ein Sonntag, wurde eine allgemeine Volksversammlung einberufen, die beschloß, ein „permanentes Komitee“ einzusetzen und wöchentlich einmal eine Volksversammlung abzuhalten. Man wollte künftig schneller auf die sich überstürzenden Ereignisse reagieren können. Ähnliche Komitees gab es auch in anderen Orten des Seekreises, z. B. in Überlingen und Engen.

Der Ruf nach der Errichtung der „Republik“ gehörte in den allerersten Märztagen noch nicht zu den öffentlich erhobenen Forderungen. Noch in einem Aufruf zur ersten großen Volksversammlung im Kreis war mit keinem Wort von Republik die Rede. Der Herausgeber und Drucker des Stockacher „Landboten“ F. S. Gulde forderte am 4. März die Bürger des Seekreises auf, am 9. März nach Stockach zu kommen: „Die Zukunft Teutschlands liegt in seinen Gesetzen. Erst mit dem offenen Widerstand auf der Bahn des Gesetzes wird der Kampf ein teutscher werden. Nur so wird sich das teutsche Volk wieder gewöhnen, in sich selbst seine Kraft zu suchen und sich selbst für würdig zu halten. Nur so wird es zu einer eigenen Volksmeinung, zu einem teutschen Willen und Können kommen. Wohlan denn: ‚mit dem Gesetze für das Recht und die Freiheit! Glück auf!‘“ Das Wort Republik sucht man in diesem Aufruf vergebens.<sup>13</sup>

Das Losungswort „Republik“ hat aber im Verlauf der nächsten Wochen des März 1848 besonders auf dem Land Fuß gefaßt. Das belegen die Berichte über mehrere Volksversammlungen im heutigen Kreis Konstanz bzw. im heutigen Bodenseekreis. Am 9. März 1848 wurde in Stockach vor circa 7.000 Teilnehmern zum ersten Mal die Forderung nach der Einführung der Republik erhoben. „Unter einem Jubel, einem gewaltigen Sturme ähnlich“ berichtete der Redakteur der „Seebblätter“, Joseph Fickler, daß man bei der Versammlung in Heidelberg „über die Einführung der Republik beraten“ habe und daß die Republik das Losungswort aller unterschiedenen Männer sei „von Belgiens Grenzen bis auf des Schwarzwalds Höhen“. Diese Erklärung sei „durch Beifallstürme mehrmals unterbrochen“ worden.<sup>14</sup>

Seine Vorredner hatten noch ausschließlich die Forderung nach einem deutschen Parlament und der Beseitigung der feudalen Reste auf dem Land in den Mittelpunkt gestellt. Im Vorfeld der Offenburger Versammlung am 19. März 1848 kam es im